

die verwendete *Säkularisierungsbegriff*. Gewiß ist Säkularisierung „Verweltlichung der Kultur, Entkirchlichung der Gesellschaft“. Aber Säkularisierung einfach als „Prozeß der Entchristlichung einer vormals christlich gewesenen Welt“ zu verstehen ist wohl doch eine zu große Vereinfachung des Vorgangs. Verweltlichung im Sinn des Beliebigerwerdens des Religiösen, im Sinn der Lockerung der

kirchlichen Bindungen, Entnuminisierung und zugleich Verkümmern religiöser Lebensformen in der Gesamtgesellschaft, das ist Säkularisierung gewiß. Aber wie weit das Entchristlichung im Sinn des Glaubensschwundes gegenüber früheren Gesellschaften bedeutet, müßte wohl erst geprüft werden, wenn man nicht etwas leichtfertig frühere Gesellschaften einfach als christlich voraussetzt. D. S.

tholischen Kirche und der Orthodoxie. Die Frage nach der faktischen Ausübung der Autorität und ihrer Funktion für die Einheit innerhalb der anglikanischen Gemeinschaft blieb jedoch weiterhin offen.

Sie stellte sich auf der diesjährigen Konferenz erneut, und zwar nicht nur insofern, als sich eine der drei Sektionen mit dem Thema „Das Volk Gottes und das geistliche Amt“ zu befassen hatte (die beiden anderen hatten den „Auftrag der Kirche“ und die „Rolle der Anglikaner in der Ökumene“ zum Gegenstand). Der Zusammenhang von Autorität und Kircheneinheit stand darüber hinaus beim brisantesten Thema, der *Frauenordination*, im Hintergrund; und vor allem war er von vornherein durch die fortgeschrittene „Entbritannisierung“ der Anglican Communion als Aufgabe vorgegeben. Schon ein Blick auf die Teilnehmerliste zeigte, daß die Konferenz heute nicht mehr wie vielleicht früher einmal ihren Einheitspunkt in der Repräsentation des kirchlichen Establishments des britischen Empire haben kann: von den 434 anwesenden Bischöfen waren nur 72 Briten, 115 kamen aus den USA, etwa 150 aus Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Die Form, in der die Konferenz ablief, sprach dafür, daß man beabsichtigt, die Bischöfe aus aller Welt stärker als bisher als *Kollegium* zu verstehen. Erstmals bei einer Lambeth-Konferenz lebten die Bischöfe in einer *vita communis* drei Wochen zusammen, was nicht nur den Eindruck der Kollegialität verstärkte, sondern auch dem ganzen Unternehmen einen starken *geistlichen Akzent* verlieh. Unter dem *Gesamtthema* „Die Kirche von heute in der Welt von heute“ ging es freilich nicht nur um innerkirchliche Fragen, sondern um eine Art *tour d'horizon* aller Probleme, die heute in Kirche und Welt anstehen. So hielten sich neben den inneranglikanischen und ökumenischen Diskussionsstoffen als Dauerthema von den ersten Plenar- und Gruppensitzungen bis zu den Schlußresolutionen sozialethische Fragen: Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz etc. Die Einführung in diesen Arbeitsbereich der Konferenz gab die katholische bri-

Die Anglikaner nach der XI. Lambeth-Konferenz

Wenn sich die anglikanischen Bischöfe aus aller Welt alle zehn Jahre zur Lambeth-Konferenz mit dem Erzbischof von Canterbury als Gastgeber zusammenfinden, wird die Einheit der anglikanischen Gemeinschaft mehr erprobt als demonstriert. Das gilt auch für die diesjährige Konferenz, die Mitte August nach gut dreiwöchiger Tagung zu Ende ging. Es hängt zusammen mit dem anglikanischen Kirchenverständnis im allgemeinen und der Funktion der Lambeth-Konferenzen im besonderen. Ekklesiologisch liegt das Schwergewicht in der anglikanischen Gemeinschaft bei den bischöflich verfaßten Teilkirchen, der Erzbischof von Canterbury hat lediglich einen Ehrenprimat.

Die im letzten Jahrhundert in Parallelität zum Commonwealth konstituierten Lambeth-Konferenzen haben keinerlei legislative Vollmacht für die einzelnen Diözesen bzw. Kirchenprovinzen. Ziel der Konferenzen ist – wie der derzeitige Erzbischof von Canterbury, *Donald Coggan*, in einem Interview vor Beginn der diesjährigen Sitzung sagte – „Hilfestellung dafür zu geben, daß wir uns nicht mit uns selbst zufriedengeben und unseren Weg als individuelle Provinzen und Diözesen gehen, sondern daß wir merken, daß wir zur Loyalität gegeneinander verpflichtet sind“ (Church Times, 21.7.78). Wie weit diese Loyalität reicht, wie tief die Gemeinschaft zwischen den Teilkirchen ist und in welcher Richtung – Stärkung oder Schwächung – sie entwickelt werden soll, das

steht auf jeder Lambeth-Konferenz neu zur Debatte.

Ein Berg von Problemen

Einen Wendepunkt für die Anglican Communion bildete die Lambeth-Konferenz von 1968. Damals war vor der Konferenz die Frage nach dem Überleben gestellt worden. Die inneren Spannungen zwischen den hochkirchlich-katholisierenden und den freikirchlich-protestantisierenden Dimensionen (bzw. Flügeln) im Anglikanismus hatten zur Alternative geführt, sich stärker als Kirche zu formieren oder sich durch Integration der Gliedkirchen in Unionen mit nichtrömischen Kirchen aufzulösen. Auf der Konferenz hat sich dann das Schwergewicht zugunsten der ersten Zielvorstellung verschoben, was sich insbesondere in der Errichtung eines Konsultativrates, des *Anglican Consultative Council*, niederschlug. Dieses Gremium aus 50 Mitgliedern aller kirchlichen Stände (Bischöfe, Priester und Laien) bekam den Auftrag, für eine bessere Abstimmung zwischen den einzelnen anglikanischen Kirchen zu sorgen und die Gemeinschaft zwischen ihnen zu pflegen (vgl. HK, September 1968, 408 ff.; Oktober 1968, 476 ff.). Die Tendenz zu mehr Bewußtsein kirchlicher Gemeinschaft wurde verstärkt durch das wachsende Engagement in bilateralen Dialogen mit anderen Konfessionsfamilien, insbesondere aber mit der römisch-ka-

tische Wirtschaftswissenschaftlerin *Barbara Ward*, die in ihrem Referat auf die Chancen hinwies, die für den Glauben in einer Zeit der Skepsis gegenüber wissenschaftlichem Fortschritt und der Suche nach Solidarität aller Menschen und Nationen bestehen, die aber gleichzeitig betonte, eine unabdingbare Voraussetzung für das Überleben des Planeten sei eine Umorientierung der menschlichen Wertvorstellungen (vgl. EPS, 9.8.78). In der Fluchtlinie ihrer Ausführungen lag auch die Botschaft, mit der sich die Lambeth-Konferenz bei ihrem Abschluß „nicht nur an die Anglikaner, sondern an alle Christen“ wandte. Darin wurde „die reale Möglichkeit der Katastrophe“ beschworen und eine schnelle Änderung persönlicher Haltungen und Erwartungen sowie die politische Wahrnehmung und Bewältigung der derzeitigen gesellschaftlichen (Über-)Lebensfragen gefordert. Diese Forderungen waren in 11 Punkten konkretisiert, die sich u. a. auf die Vorordnung einer Haltung des Seins gegenüber einer des Habens, auf die Bändigung der modernen Technologie, auf den verantwortlichen Umgang mit der Natur, auf haushälterische und einfallreiche Energiepolitik und auf die Notwendigkeit der Abrüstung bezogen (vgl. Church Times, 18.8.78).

Umstrittene Frauenordination

Mögen diese Fragen auch wesentlich weitreichender sein, es war doch das Thema der Frauenordination, das von den Bischöfen am meisten Energie forderte und „draußen“ am meisten Aufmerksamkeit erreichte. Seit der letzten Lambeth-Konferenz hatten vier Kirchenprovinzen – Hongkong, Kanada, Neuseeland und die USA – die Ordination von Frauen zum Priesteramt eingeführt. Das hat nicht nur zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Frauenordination in der anglikanischen Kirche und zu ökumenischen Mißheligkeiten, sondern auch zu einer Abspaltung geführt. In den Vereinigten Staaten haben sich Kleriker und Laien von der Episkopalkirche getrennt und

eine „Anglikanische Kirche von Nordamerika“ gegründet, in der inzwischen sogar die ersten Bischöfe geweiht wurden (die aber der Erzbischof von Canterbury nicht als legitim anerkennt).

Die Lambeth-Konferenz faßte einen Beschluß, der ganz im Sinne der anglikanischen „Umfassendheit“, der *comprehensiveness*, ist, die man sowohl als Zeichen von angelsächsischem Pragmatismus und Kompromißgeist wie auch als Ausdruck des ekklesiologischen Prinzips der Einheit in der Vielfalt verstehen kann. Mit einer Mehrheit von 316 gegen 37 Stimmen bei 17 Enthaltungen (eine Reihe von Bischöfen war bei der Abstimmung abwesend) verabschiedete die Konferenz eine Resolution, die dazu aufrief, die Kirchen, die die Frauenordination einführen, mögen die gegenteilige Entscheidung anderer Kirchen respektieren und umgekehrt (vgl. Church Times, 18.8.78). Die Entscheidung, eine Frau zum Bischof zu weihen, solle nicht getroffen werden ohne vorherige Konsultation mit dem Gesamtepiskopat, vertreten durch die 25 Primaten der Teilkirchen. Außerdem müsse eine solche Entscheidung von der ganzen Teilkirche getragen sein, „damit das Bischofsamt nicht Grund für die Zwietracht wird, statt Brennpunkt der Einheit zu sein“. Abgelehnt wurde dagegen der Vorschlag, eine „Besinnungspause“ von fünf Jahren einzulegen und vorerst keine Frauen mehr zu ordinieren.

Die Mehrzahl der versammelten Bischöfe sah offensichtlich keine fundamentalen theologischen Hindernisse für die Ordination von Frauen zum Priesteramt, sonst wäre die vorliegende Kompromißresolution nicht zustande gekommen. Ihr Gegenstand ist denn auch tatsächlich mehr der innere Zusammenhalt der anglikanischen Kirchen als die Frauenordination selbst. Der anglikanische Konsultativrat wurde aufgefordert, alles in seinen Möglichkeiten stehende zu tun, um das Gespräch zwischen den Kirchen, die Frauen ordinieren, und denen, die es nicht tun, zu fördern. Gleichzeitig wurde empfohlen, in Kirchen, die die Frauenordination ablehnen, Frauen, die in einer anderen anglikanischen

Kirche ordiniert sind, zur Amtsausübung zuzulassen, wenn pastorale Bedürfnisse dies nahelegen und wenn Bischof, Klerus und Laien der betreffenden Diözese bzw. Gemeinde damit einverstanden sind. In seinem Schlußwort betonte der Berichterstatter der zuständigen Kommission, die Feier der Eucharistie durch eine Frau dürfe nie als Zeichen der Demonstration oder Propaganda mißbraucht werden. Entscheidend sei, daß die Mitglieder der Gemeinschaft einander vertrauen und daß den Vertretern der Minderheitsposition das Gefühl gegeben wird, daß sie genauso dazugehören wie die Vertreter der Mehrheitsposition.

In der der Beschlussfassung vorausgehenden langen Debatte hatte der ausgewogene Beitrag des renommierten – durch Übersetzungen seiner Werke auch im deutschen Sprachraum bekannt gewordenen – Oxforder Theologen *John Macquarrie* besondere Aufmerksamkeit gefunden (vgl. Church Times, 4.8.78). Er vertrat die Ansicht, die Frage der Frauenordination könne nicht mit diesem oder jenem Ergebnis abschließend beantwortet werden. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Kirchen, die noch eine Entscheidung suchen, die Argumente beider Seiten kritischer prüfen, als dies bisher geschehen ist. Ferner erklärte Macquarrie, er halte es – obwohl er selber keine Schwierigkeiten habe, die Frauenordination zu akzeptieren – für unmöglich, eine 1900 Jahre alte Tradition durch die einfache Mehrheit eines kirchenleitenden Gremiums zu überholen. Man müsse statt dessen eine auf einem soliden Konsensus unter Bischöfen, Priestern und Laien beruhende Zweidrittelmehrheit verlangen. Nur dann könne eine solche Entscheidung Ausdruck der Auffassung der Kirche, „vielleicht sogar der Leitung des Hl. Geistes“ sein.

Von guten Erfahrungen mit weiblichen Priestern wurde aus den Kirchen, die die Frauenordination einführen, berichtet, freilich auch von Spannungen in den Gemeinden. Für die ökumenische Sensibilität der anglikanischen Bischöfe spricht es, daß sie neben der Sachlage in ihren Diözesen meist auch

die Erfahrungen mit anderen Kirchen ansprachen. So erklärte der Bischof von Hongkong, *Gilbert Baker*, die Beziehungen zur katholischen Kirche hätten durch die Entscheidung seiner Kirche nicht gelitten; viele Katholiken hätten ihm gesagt, sie seien „glücklich über das, was geschehen ist“. Ein amerikanischer Bischof berichtete, die meisten katholischen Theologen, die er gesprochen habe, seien der Auffassung, „daß die Türen weiterhin offen sind“. Und ein katholischer Mitbruder habe ihm gesagt: „Wenn ihr die Überzeugung gewonnen habt, daß es richtig für euch ist, müßt ihr es tun.“

Rückschlag für die Ökumene?

Die ökumenischen Folgen der anglikanischen Stellung zur Frauenordination wurden freilich sonst pessimistischer beurteilt. Der schon zitierte Prof. *Macquarrie* meinte, es wäre traurig, wenn die Annäherung zur katholischen Kirche und zur Orthodoxie durch die Frauenordination verlangsamt oder gar gestoppt werden würde, was leicht passieren könne. „Ich hoffe, wir sind uns alle dessen bewußt, daß wir einen sehr hohen Preis zu zahlen haben könnten für das, was wir tun.“ Der kenianische Bischof *Henry Okullu* erklärte, man dürfe in dieser Materie die Gefühle der katholischen und orthodoxen Brüder nicht übergehen. Er forderte dazu auf, sich gemeinsam auf die Evangelisierung zu konzentrieren und den Streit über die Frauenordination zu beenden, ohne daß er sie deshalb prinzipiell ablehnte: „Wir fühlen, daß Gott Frauen zum Priestertum berufen kann. Wenn das klar ist und die Zeit dafür reif ist, wird dem nichts mehr im Wege stehen.“

Die offiziellen katholischen und orthodoxen Stellungnahmen ließen keinen Zweifel daran aufkommen, daß in ihrer Sicht dem noch sehr viel im Wege steht. Nicht zuletzt im Blick auf die Anglikaner hatte der Vatikan in einer Erklärung der Glaubenskongregation erst im vergangenen Jahr in aller Form die Priesterweihe von Frauen abgelehnt (vgl. HK, März 1977, 151 ff.). Die

Ablehnung der orthodoxen Kirchen ist mindestens ebenso kategorisch. Der Londoner Erzbischof, Kardinal *George Basil Hume*, hatte kurz vor der Lambeth-Konferenz in einem Interview mit der offiziösen anglikanischen „Church Times“ (abgedruckt in der Ausgabe vom 28. 7. 78) erklärt, er hoffe sehr, daß es keinen Beschluß zugunsten der Frauenordination geben würde. Eine solche Entscheidung dürfe nicht ohne Konsultation mit anderen Kirchen getroffen werden. „Ich glaube, wir müssen aufmerksamer füreinander werden. Die verschiedenen Gemeinschaften müssen heute so in Beziehung zueinander stehen, wie jede Teilkirche zu den anderen Teilkirchen in Beziehung stehen muß.“

Der ranghöchste der drei katholischen Beobachter, der irische Bischof *Cahal Daly*, erklärte der Lambeth-Konferenz, daß es an der katholischen Haltung keinen Zweifel geben könne. Sie stehe mit ihrer Ablehnung der Frauenordination auf dem Boden der unbrochenen universalkirchlichen Tradition in Ost und West, die so eindeutig sei, daß sie nicht einmal der verbindlichen Formulierung oder der Verteidigung bedürftig habe. Die Beweislast liege bei denjenigen, die von einer Praxis abweichen, „die in Christi eigenem Beispiel begründet ist und die als übereinstimmend mit Gottes Plan für seine Kirche gilt“ (vgl. NC News Service, 1. 8. 78). Der griechisch-orthodoxe Metropolit von Großbritannien, *Athenagoras*, kritisierte mit Schärfe die Verabschiedung der Resolution. Sie schaffe neue Schwierigkeiten auf dem Weg zur Einheit der Christen und sei dazu angetan, die lange Freundschaft zwischen der anglikanischen und seiner Kirche zu beenden. Die Konferenz – fügte er hinzu – habe das „Exorzismusgebet des hl. Basilus“ nötig (Church Times, 18. 8. 78). Der „Osservatore Romano“ (19. 8. 78) fragte in einem Kommentar: „Ist sich diese Gemeinschaft, die sich als ‚katholisch‘ definiert, des äußerst schwerwiegenden Schrittes bewußt, den sie getan hat?“ Die Resolution der Lambeth-Konferenz konstatierte selbst, daß ihre Empfehlungen einen Rückschlag in die Beziehungen zu Katholiken, Orthodoxen und Altkatholiken bringen würde,

bat aber mit der Aussage um Verständnis, „daß das Zusammenhalten in Verschiedenheit innerhalb einer Einheit von Glaube und Gottesdienst Teil des anglikanischen Erbes ist“. Um so nachdrücklicher forderte die Bischofsversammlung in einer weiteren sehr umfangreichen Resolution zur Intensivierung der ökumenischen Beziehungen auf. Begrüßt wurde die Arbeit der Internationalen Anglikanisch/Römisch-Katholischen Kommission, deren drei gemeinsame Erklärungen über Amt, Eucharistie und Autorität (vgl. HK, April 1977, 191 ff.) als „solides Ergebnis“ bezeichnet wurden, „in dem wir den Glauben unserer Kirche erkennen können“. An diese Qualifikation knüpften die versammelten Bischöfe die Hoffnung auf eine sakramentale Gemeinschaft zwischen beiden Kirchen, „wenn die Erklärungen von den jeweiligen Autoritäten unserer Kirchen gebilligt sind“.

Nicht aussichtslos

Der Weg dahin ist durch die Kompromißlösung in Sachen Frauenordination sicher weiter geworden. Man sollte deren negative Auswirkungen aber auch nicht überschätzen. Denn *erstens* wird man auch weiterhin über die Frauenordination gemeinsam reden. Noch im März dieses Jahres hatte eine gemischte anglikanisch-katholische Theologenkommision, der u. a. *P. Pierre Duprey* vom vatikanischen Einheitssekretariat und *P. Yves Congar OP* angehörten, eine „Basis für Hoffnung“ in zwei Fakten gefunden: einerseits darin, daß anglikanische Kirchen, die Frauen ordinieren, dies in der Überzeugung tun, daß sie sich damit nicht vom überlieferten Verständnis des apostolischen Amtes entfernen, andererseits darin, daß auch die neueste vatikanische Erklärung für die in Frage stehende Materie nicht explizit das „ius divinum“ in Anspruch nimmt (vgl. NC News Service, 27. 7. 78). *Zweitens* schließt der Dissens über die Möglichkeit weiblicher Priester ein Weiterkommen in anderen, vielleicht substantielleren Fragen nicht aus. So sprach Kardinal Hume in dem erwähnten Interview von der Notwen-

digkeit einer „relecture“ der päpstlichen Bulle „Apostolicae Curae“, in der Leo XIII. die anglikanischen Weihen für null und nichtig erklärt hatte.

Drittens haben die anglikanischen Bischöfe selbst auf dieser Lambeth-Konferenz den Teilkirchen nicht nur Verschiedenheit zugestanden, sondern auch Maßnahmen in Richtung größerer Einheit eingeleitet, was ökumenisch nicht unerheblich ist. Die Konferenz sprach sich für eine einheitliche Gestalt der Eucharistiefeier und für ein gemeinsames Lektionar aus, beschloß die Errichtung einer interanglikanischen Kommission für Fragen der Lehre und Theologie und initiierte eine Konferenz der 25 Primaten der Teilkirchen, die alle zwei Jahre tagen soll. Neben dem synodalen (vertreten im Anglican Consultative Council) findet somit auch das episkopale Element der Kirchenstruktur eine die Teilkirchen übergreifende Institutionalisierung. Zwar bleibt die Entscheidungsvoll-

macht bei den Teilkirchen, aber die gesamtkirchliche Perspektive erhält mehr Gewicht.

Und schließlich: die Tatsache, daß die anglikanischen Bischöfe korporativ an einem – auf Vorschlag von Erzbischof Coggan – von den katholischen Beobachtern zelebrierten Requiem für den verstorbenen Papst Paul VI. teilgenommen haben (vgl. HK, September 1978, S. 480), ist ein so starkes Zeichen für den Willen zur anglikanisch-katholischen Ökumene, daß nur Defaitisten deren Ende wegen der Kontroversen um die Frauenordination befürchten können. Neue Schwierigkeiten könnten allerdings bevorstehen, wenn anglikanische Kirchen – wie es die Church of England anstrebt – in organische Union mit protestantischen Freikirchen treten. Anglikanisch-katholischen Kommissionen wird jedenfalls der Gesprächsstoff so schnell nicht ausgehen. *H.G.K.*

Somoza hatte auf die auch in den Provinzen erstarkende Guerilla mit der Ausrufung des Kriegsrechts reagiert, einer Maßnahme, die er im September 1977 unter dem Druck der Carter-Administration rückgängig machte. Es folgten wortreiche Ankündigungen einer Liberalisierung des Regimes, etwa im Bereich der Massenmedien, und das Angebot, in einen Dialog mit der Opposition einzutreten. Der Tod Chamorros, in dem auch bürgerliche Kreise einen geeigneten Nachfolger für Somoza sahen, verschärfte die Fronten, zumal sich hartnäckig das Gerücht hielt, Somozas ältester Sohn Anastasio, einer der Hardliner der Familie, sei an dem Mord beteiligt gewesen. Demonstrationen in Managua und mehreren Provinzstädten veranlaßten den Präsidenten, eine offizielle Untersuchung des Mordfalles anzuordnen, die erwartungsgemäß ohne Ergebnis blieb. Der somit innen- und außenpolitisch geschickt taktierende General hat in den letzten Jahren auch bei der Oberschicht des Landes an Rückhalt verloren. Schuld daran war das ständig wachsende Wirtschaftsimperium der Familie Somoza, deren beiden Präsidentensöhnen nachgesagt wird, sie liebten ihr Land so, daß sie es Stück für Stück aufkauften. Der Diktator gewinnt seinem ungeheuren Reichtum an Ländereien und Fabriken auch noch eine sozial-wohlthätige Seite ab, indem er gelegentlich darauf verweist, daß er vielen seiner Landsleute Arbeit gegeben habe.

Nach dem erfolgreichen Angriff der Sandinistas auf den Nationalpalast von Managua am 25. August kursierte das Gerücht, Somoza wolle zurücktreten oder sich zumindest ins Ausland absetzen. Wachsender Widerstand auch in der 7500 Mann starken Nationalgarde, einer aus den Zeiten der amerikanischen Besatzung stammenden Kombination von Polizei und Wehrmacht, ließ das Ausmaß der Isolation des Diktators offenbar werden. Die freimütig veröffentlichten Reisepläne bedeuteten jedoch nicht Resignation und Flucht vor dem Gegner; Somoza provozierte mit ihnen einen Putschversuch der Nationalgarde, ließ 40 Offiziere sowie mehr als 70 Soldaten und

Bürgerkrieg im mittelamerikanischen Nicaragua

In Nicaragua haben sich die Kämpfe zwischen Aufständischen und der Nationalgarde Präsident Somozas zu einem blutigen Bürgerkrieg ausgeweitet. Die Zahl der Opfer auf beiden Seiten geht in die Hunderte. General Somoza versucht, mit Luft- und Panzerangriffen und mit Massenverhaftungen Herr der Lage zu bleiben. Die schlecht bewaffneten Aufständischen, darunter viele Jugendliche, wollen nach letzten Nachrichten aus Nicaragua ebenso wie die mit Söldnern angereicherte Nationalgarde bis zur Vernichtung des Gegners kämpfen. Die Kirche des Landes sucht zu vermitteln, stellt sich aber immer deutlicher gegen das Regime. Eine Ausweitung des Bürgerkrieges ist zu befürchten, falls die Nachbarstaaten oder die Vereinigten Staaten in die Auseinandersetzungen eingreifen. Noch Ende Juli hatte *Anastasio Somoza Debayle*, Präsident der mittelamerikanischen Republik Nicaragua, erklärt, er werde keinesfalls vor Ablauf seiner Amtszeit im Jahre 1981 zurücktreten. So müsse sich die Bevölkerung

auf „ein gewisses Maß an Gewalttätigkeit“ einstellen, da er den Rücktrittsforderungen der Opposition mit aller Entschlossenheit entgegentreten werde. Sechs Wochen später brach in dem 2,3 Millionen Einwohner zählenden Land der Bürgerkrieg aus. Das Ziel der Guerilla-Organisation „Sandinistische nationale Befreiungsfront“ (FSLN): die Entmachtung der seit 1934 diktatorisch herrschenden Familie Somoza.

Somozas Weg in die Isolation

Die bisher schwerste Krise des Regimes begann mit der Ermordung des gemäßigten Oppositionsführers *Pedro Joaquín Chamorro* am 10. Januar dieses Jahres. Von diesem Zeitpunkt an verlagert sich das politische Gewicht der drei die Geschicke des Landes bestimmenden Größen: der Regierung Somoza, der linksgerichteten Opposition und des traditionellen Alliierten USA.